

Gegen die zentrale Bewirtschaftung.

Sitz: Protestversammlung.

Unter massenhafter Beteiligung fand gestern eine vom Bund für Wirtschaftsfreiheit einberufene Massenversammlung statt, die sich zu einer imposanten Kundgebung für den freien Wirtschaftsverkehr gestaltete. An Stelle des verhinderten Präsidenten Dr. Wilhelm Gner führte Vizepräsident Julius Weidl den Vorsitz. In der Eröffnungsansprache hob er hervor, daß die Frage, ob Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft keine parteipolitische, sondern rein politische sei. Wir kämpfen — sagte er — gegen ein Prinzip des wirtschaftlichen Militarismus, das an Stelle des Gesetzes von Angebot und Nachfrage willkürliche Preise, willkürliche Verteilung einführt.

Nationalrat Fehdmann als erster Referent wandte sich gegen das Abperrungssystem der Länder und Bezirke, die eine Folge der Zwangswirtschaft sei und am Rückgange der Produktion Schuld trägt. Er besprach die Mängel der Lebensmittelversorgung. Die Zentralen haben nie für die Bedürfnisse des Volkes, sondern nur für möglichst kostspielige Regenerierung gesorgt. Diese Wirtschaft führte zur Völe des Schleichhandels, der zur staatlichen Institution geworden ist (lebhafter Beifall), den Scharvogel großgezogen hat. Durch Behinderung des Imports und Exports wurde die Valuta in der entsetzlichsten Weise niedergedrückt, so daß auch das Vertrauen zu einem Staate, der eine solche Wirtschaft treibt, sinken müsse.

Nationalrat Dr. Gimpl führte aus, daß die Zustände trostlos geworden seien, daß Deutschösterreich dem Abgrund zugeführt werde. Daran trage der Bureaokratismus schuld, der die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte einbäume. Nur die freie Betätigung könne Deutschösterreich retten. Die Zentralen haben alles erfaßt, so lange, bis die Waren verschwunden waren. (Beifall.) Die Ware sei nur vom Schleichhandel erloßt worden, von dem neunzig Prozent der Bevölkerung gelebt haben. Die Preisbestimmung durch die Zentralen haben den Bauern vom Schleichhandel zugetrieben, dem allein er es zu verdanken hat, daß er von den Schulden befreit worden ist. Der Viehstand werde dank der Viehverwertungszentrale gänzlich verschwinden, nur die Zentrale werde bleiben. Nur die Hebung der Produktion nach englischem Muster, das durch Mindestpreise die landwirtschaftliche Erzeugung in geradezu kolossaler Weise gesteigert habe, könne Hilfe bringen.

Nationalrat Stoder kritisierte das Zwangssystem vom landwirtschaftlichen Standpunkt. Die landwirtschaftliche Produktion wurde vom Staate erschlagen, der sich um das gekümmert hat, was der Bauer essen darf und jegliche Arbeitsfreude ersticht hat. Dem Landwirte wurde Saatgut, Milch- und Zugvieh weggenommen, in der Preispolitik wurden die unsinnigsten Fehler begangen. Nur mit der Diktatur, den Bajonetten, konnte fortgezurrt werden.

Namens des Kaufmannsstandes sprach Heinrich Rosenberg über Valutafrage und im Zusammenhang damit über die Notwendigkeit der Beseitigung der dem freien Import bereiteten Schwierigkeiten.

Direktor Behrebaner vom Volksernährungsamte bestritt, daß derzeit noch bürokratische Zentralen bestehen. (Stürmische Protest- und Schlußrufe.) So sei die amtliche Fleisch-Ebnahmestelle zusammengesetzt. (Neuerliche Sämsjemen.) Die landwirtschaftlichen Vertreter Steiermarks und Oberösterreichs haben sich gegen die seitens dieser Stelle zugedilligte Preis-erhöhung ausgesprochen. Als dann Redner auf die Lebensmittel-Einfuhrstelle zu sprechen kam, entfiel ein großer Tumult, der ihn am Sprechen hinderte. In heftigster, erregtester Weise wandte sich die Versammlung gegen den Direktor Behrebaner, als dieser den Satz aussprach, daß der freie Import nicht behoben werde. Er wurde beschimpft und verließ schließlich unter fortwährendem Lärm die Tribüne.

Vorsieher Josef Spitz der Heu- und Stroh-ändler trat den Äußerungen des Vorredners gegenüber.

Die Versammlung genehmigte schließlich folgende vom Kammererrat Silb beantragte Resolution:

Die Resolution.

Die am 20. d. im großen Konzerthaus saale versammelten Vertreter der Industrie, des Handels, der Gewerbe, der Landwirtschaft und der Konjumenten sprechen ihre Ueberzeugung aus, daß die zentrale Bewirtschaftung in keiner Weise die ihr zugebachten Aufgaben erfüllt hat. Sie hat weder in bezug auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln einen Er-

folg aufzuweisen, noch in bezug auf die Preispolitik günstig gewirkt. Sie hat es verschuldet, daß aus dem Auslande keine Ware kommt, daß ein empfindlicher Mangel an den wichtigsten Bedarfsartikeln herrscht und daß die Teuerung ins Ungemessene gestiegen ist. Die Furcht vor dem Valutagespenst hat nur zu einer weiteren Verschlechterung unserer Valuta geführt und die verfehlte Bevormundung des Exports, die willkürliche Kursfestsetzung durch die Devisenzentrale hat unsere Volkswirtschaft in der schwersten Weise geschädigt. In der unvernünftigsten Weise wurden den Beamten die Funktionen des Kaufmannes zugewiesen und durch die Ausschaltung des legitimen Handels die Steuerkraft der Bevölkerung vernichtet. Mit ihren Schikanen und Drangsalierungen hat die zentrale Bewirtschaftung die einzelnen Länder einander entfremdet und ihre gänzliche Abperrung herbeigeführt. Mit Ausnahme der sichtbaren und unsichtbaren Gewinnbeteiligten an den Zentralen sind alle Volkskreise der Ueberzeugung, daß man den freien Handel wieder in seine Rechte einsetzen muß. Da jeder Tag, an welchem das Volk gehindert wird, zur Arbeit zurückzukehren, als unwiederbringlich verloren zu betrachten und eine geregelte Produktion nur durch den freien Handel möglich ist, so fordern die Versammelten die sofortige Aufhebung aller Beschränkungen in der Landwirtschaft, in der Industrie, im Handel und in den Gewerben.